Nr. 418
A 212
Morgen-Ausgabe

Berlin

Freitag, 5. September 1930
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur i. V.: Julius Elbau. Verantwortl. für den Gesamtinhalt (außer Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Für Rücks. unverl. Manuskr. ist Porto beizufüg.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Spruch an der Ruhr

Die Regierung greift ein

Essen, 4. September / Ullstein-Nachrichtendienst

Das Ergebnis der gestern unter dem Vorsitz des staatlichen Schlichters abgehaltenen Verhandlungen zwischen dem Ruhrzechenbesitzer-Verband und den Bergarbeiter-Gewerkschaften über den gekündigten Tarifvertrag für die Ruhr war der Schiedsspruch des Schlichters, wonach der augenblickliche Vertrag bis zum 31. Dezember verlängert wird, um Zeit für neue Verhandlungen zu gewinnen. Dieser Spruch fand die Annahme der Gewerkschaften.

Die Arbeitgeber waren zwar ebenfalls für eine Notverlängerung, hielten jedoch die Dreimonatsfrist für zu lang. Der von ihnen eingelegte Protest wird zu einer Nachverhandlung im Reichsarbeitsministerium führen, wodurch jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach keine Änderung der Sachlage eintreten wird.

Der Schiedsspruch ist in zweierlei Hinsicht von weittragender Bedeutung. Er hat, wie schon aus dem beschleunigten Verhandlungstempo hervorgeht, hervorragend politischen Charakter insofern, als er vor den Wahlen offensichtlich eine Radikalisierung der Arbeiterschaft verhüten will, die mit einem Lohnabbau unzweifelhaft verbunden gewesen wäre. **Die enge Bindung der christlichen Gewerkschaften an die heutige Regierung über Imbusch zu Stegerwald ist zweifellos nicht ohne Einfluß auf die Schlichtungsverhandlungen gewesen.**

Das von den Parteien dem Schlichter unterbreitete Material zur Begründung der Lohnherabsetzung auf der einen Seite bzw. der geforderten Lohnerhöhung auf der andren Seite hat bei dem Zustandekommen des Schiedsspruches keine Rolle spielen können, da einmal die Kürze der Zeit eine eingehende Nachprüfung nicht zuließ und zum andren die rechnerischen Unterlagen der Parteien außerordentlich weit voneinander abwichen.

Der Schiedsspruch ist außerdem in lohnpolitischer Hinsicht unzweifelhaft nicht weniger entscheidend. Man geht kaum zu weit, wenn man ihn als Dokument einer für die Arbeitgeber verlorenen Schlacht bezeichnet. Denn daß die Akkordkürzung in der Metallindustrie nur den Auftakt zu einem Generalangriff auf das allgemeine Lohnniveau darstellte, der über den Lohnabbau in der Bergbauindustrie weiter vorgetragen werden sollte, ist nicht zu bestreiten. Die eigentlichen Tariflöhne sind in den maßgebenden Schlüsselindustrien bis jetzt unangetastet geblieben, eine Tatsache, die lohnpolitisch für die gesamte übrige Wirtschaft richtunggebend sein wird.

300 Tote auf San Domingo

Orkankatastrophe vernichtet die Stadt / Die Zahl der Verletzten — 900 / Von der Außenwelt abgeschnitten

New York, 4. September (W. T. B.)

Der Orkan, der gestern, wie berichtet, Santo Domingo die Hauptstadt der Dominikanischen Republik auf der Insel Haiti, heimgesucht hat, hat die Stadt nach den letzten Meldungen fast völlig zerstört. Der Umfang der Katastrophe läßt sich vorläufig noch nicht überblicken. Bis jetzt ist die Zahl der Toten 300, die der Verletzten 900. Es ist jedoch zu befürchten, daß das Unglück noch weit mehr Menschenopfer kosten wird.

Unter der Bevölkerung spielten sich während des Wirbelsturmes, der vier Stunden anhielt, furchtbare Schreckensszenen ab.

Die gesamte Armee wurde für die Rettungsarbeiten aufgeboten. Die Verbindungen der Stadt mit den übrigen Teilen des Landes wurden unterbrochen. Die Brücken sind zerstört, die Straßen unpassierbar. Die Bezirke Djevavilla, Duarte und San Carlos bilden gleichfalls einen Trümmerhaufen.

Das städtische Irrenhaus wurde dem Erdboden gleichgemacht. Eine Anzahl Geisteskranker, die unverletzt davongekommen waren, eilten aufgeregt durch die Stadt, bis sie schließlich vom Militär eingefangen wurden. Auch die Gebäude der Zeitung „La Opinion" wurden eingerissen.

Der Präsident Trujillo übernahm persönlich die Leitung des Rettungswerks und mobilisierte die gesamte Armee der dominikanischen Republik.

Das Staatsdepartement übermittelte dem Roten Kreuz ein Gesuch des amerikanischen Gesandten Curtis in Santo Domingo um Einleitung einer sofortigen Hilfsaktion und um Zusendung von Kleidung, Nahrungsmitteln und Medikamenten für die Bevölkerung.

Regierungsbeamte von Haiti und die Zeitungen appellieren an die Hilfe Amerikas, da sich bereits Hungersnot bemerkbar macht.

Ein Flugzeug, das auf Anordnung des amerikanischen Gouverneurs in Portorico Lebensmittel und Arzneien nach San Domingo bringen wollte, mußte unverrichteterdinge umkehren, da der Flugplatz durch den Orkan unbenutzbar gemacht war. Die Landestelle ist nach den Berichten des Fliegers fußhoch mit Mauerwerk und Bäumresten bedeckt.

*

Santo Domingo, das etwa 45 000 Einwohner zählt, ist die Hauptstadt eines der beiden großen Reiche, die die Antillen-Insel Haiti beherrschen: der Dominikanischen Republik (über 800 000 Einwohner). Sie steht genau wie das andre Reich, die Negerrepublik Haiti, stark unter dem Einfluß der Vereinigten Staaten von Amerika, wenn sie auch völkerrechtlich selbständig ist. Im Gegensatz zu Haiti, das zu neun Zehnteln von Negern bewohnt wird, ist die Dominikanische Republik nur von wenig Negern bevölkert. Den Hauptanteil der Einwohnerschaft in dem von hohen Gebirgen durchzogenen Land haben Mulatten. Ihre Staatsreligion ist die katholische. Sie ernähren sich von der Ausfuhr von Zucker, Kakao, Kaffee, Tabak, Honig, Bananen und Mahagonihölzern. Santo Domingo, im Jahre 1496 als erste Stadt der neuen Welt von Bartolomé Colon gegründet, wurde im Jahre 1689 und 1691 schon einmal durch Erdbeben zerstört.

BÜLOW-Denkwürdigkeiten

Heute:

Alarmsignale / Ein Toast an der Schloßtafel / Ein Brief an Phili / Wilhelm II. blieb der, der er war

Sabotage-Akt gegen den Reichskredit

Gefährliche Wahlmache

Bei einer Veranstaltung des Vereinigten Arbeitsausschusses deutschnationaler Industrieller für Groß-Berlin und Brandenburg nahm der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, Gelegenheit, die Lage der Reichsfinanzen, deren Ordnung gerade durch seine Fraktion vereitelt worden ist, schwarz in schwarz zu malen. **Er bemühte sich, die in der Notverordnung gegebene Kreditaufnahme-Ermächtigung international zu diskreditieren, mit der Behauptung, daß ein großer Teil dieser Kreditbeträge für Deckungszwecke bestimmt sei. Die Frage, an welcher Stelle überhaupt derartige Kreditaufnahmen vollzogen werden könnten, sei von ganz besonderer Bedeutung. Sollte hierbei etwa Frankreich in Frage kommen, so erhalte die Angelegenheit einen hochpolitischen Charakter.**

Nach Dr. Oberfohren äußerte sich ein „Finanzsachverständiger" näher zu dem Thema, der wenigstens die Einsicht bewies, das von ihm Gesagte nicht mit seinem Namen zu decken. Die Höhe der beabsichtigten Kreditaufnahme könne man auf 2 bis 2½ Milliarden beziffern und nach Lage des internationalen Geldmarktes könnten Beträge in solcher Höhe nur in Paris geschafft werden. **Hier dränge sich der Gedanke auf, daß Frankreich aus politischen Gründen Kredite unter Bedingungen geben würde, die es aus wirtschaftlichen Gründen nicht gewähren könne. Damit ergäbe sich die Gefahr, daß Deutschland in völlige Abhängigkeit von Frankreich gerate. Auch glaubt der „Finanzsachverständige" höchst bedeutsame Zusammenhänge mit dem Briandschen Gedanken eines wirtschaftlichen Paneuropas zu sehen.**

Auf den finanzpolitischen Dilettantismus dieser Ausführungen braucht nicht hingewiesen zu werden. Bemerkenswert an ihnen ist in erster Linie, daß vor einem Gremium gebildeter, in praktischem Wirtschaftsleben stehender Männer derartige Hinterkreppengerüchte ohne einen Sturm der Entrüstung verbreitet werden konnten. Wenn sich der internationale Kredit Deutschlands in den vergangenen Monaten trotz allem festigen konnte, so zeigt das, wie wenig ernst im Ausland die deutschnationalen Sabotageversuche genommen worden sind. Daß Frankreich aus seinen russischen Erfahrungen die Lehre gezogen hat, politischen Zwecken nicht eine gesunde Finanzpolitik zu opfern, beweisen am besten die bisher immer enttäuschten Hoffnungen des polnischen Bundesgenossen. Man mag der Umneblung der Geister durch die deutschnationale Wahlmache viel zugute halten, aber eine Entgleisung wie die des deutschnationalen „Finanzsachverständigen" übersteigt doch jedes Maß bescheidenster Vernunft.

Von offiziöser Stelle wird die ganze Enthüllung auf dieser deutschnationalen Tagung als „zumindestens unsinnig" bezeichnet.

*

Der Hauptschriftleiter des reaktionären „Pyritzer Kreisblatts", Friedrich Schmidt, wurde zu 300 M Geldstrafe an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 6 Wochen verurteilt, weil er in einem Bericht über eine nationalsozialistische Versammlung geschrieben hatte: Stresemann und noch andere Minister hätten die Inflation amtlich beschlossen!

Land in Bewegung

Von

Hans Zehrer

Es gab selten eine Zeit, in der das Ausland der deutschen Entwicklung so ratlos gegenüberstand wie im Augenblick. Die Zahl der fremden Beobachter häuft sich von Tag zu Tag. Die Zahl der mündlichen und schriftlichen Anfragen steigt gewaltig. Und fast jede ausländische Zeitung glaubt es ihren Lesern schuldig zu sein, eine Spezialenquete über Deutschland zu veröffentlichen. Dieses Land scheint dem ausländischen Denken wieder dunkel und gefährlich zu werden. Man hatte sich in den zwölf Jahren Nachkriegsentwicklung ein Bild zurechtgemacht, und die Mahe dieses Bildes scheinen sich zu verschieben und nicht mehr mit der tatsächlichen Wirklichkeit übereinzustimmen. Es kommt Unruhe in die Politik, und die Mißverständnisse schießen wie Pilze aus dem Boden.

Man spürt die Rückwirkungen dieser Unruhe täglich an den Stimmen, die von draußen zu uns dringen. In Frankreich, in Belgien, in Polen schieben sich wieder die Elemente in den Vordergrund, die seit zwölf Jahren vor Verhandlungen mit den Deutschen warnten. Man schreibt, man droht, man demonstriert sogar und schlägt die Fensterscheiben deutscher Konsulate ein. Und Leute, die von draußen zurückkommen, bestätigen deprimiert: es ist viel Porzellan entzweigegangen, und die Stimmung ist rapide im Erkalten.

Unterstützt wird diese Entwicklung durch eine Vielfalt und Zerrissenheit der deutschen Außenpolitik,